

Große Koalition im Kosovo

Am 19. November 2014 haben sich fünf Monate nach den Parlamentswahlen im Kosovo die zwei größten Parteien des Landes auf eine Koalition geeinigt. Vorausgegangen waren dieser Einigung parteiinterne Beratungen und ein Treffen bei der kosovarischen Staatspräsidentin, Atifete Jahjaga, zur Beendigung des politischen Stillstands im Kosovo. An dem Gespräch nahm auch die US-Botschafterin, Tracy Ann Jacobson, teil. Die beiden Parteivorsitzenden Isa Mustafa (LDK) und Hashim Thaçi (PDK) gaben bekannt, das Land in den kommenden vier Jahre gemeinsam regieren zu wollen¹.

Am 08. Juni 2014 fanden erstmals im gesamten Gebiet des Kosovos vorgezogene **Parlamentsneuwahlen** statt. Die Wahl verlief ohne Zwischenfälle, machte aber mit ihrem Ergebnis die politische Lage des Landes nicht stabiler und einfacher, sondern führte direkt in den politischen Stillstand, der seitdem dazu beiträgt,

dass keine Regierung gebildet werden konnte.

Die PDK (demokratische Partei des Kosovo) von Premierminister Hashim Thaci ging mit knapp über 30 % als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen hervor, doch schaffte es ihr bisheriger Regierungspartner AKR nicht über die 5 % Hürde, so dass Premierminister Thaci ein Partner für die Regierungsbildung fehlte. Die LDK (demokratische Liga des Kosovo) wurde zweitstärkste Partei.² Sie hatte sich kurz nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse im Juni mit der AAK (Allianz für die Zukunft des Kosovo) von Ramush Haradinaj und der neugegründeten Bewegung NISMA (Abspaltung der PDK) zu einer Koalition zusammen geschlossen und wollte die Regierung mit Haradinaj als Premierminister und mit der Unterstützung der Minderheiten und der Vetventsosje (VV-„Selbstbestimmung“) bilden, um einen politischen Neuanfang für Kosovo zu starten.

¹ <http://botasot.info/lajme/342996/jahjaga-arrihet-marreveshja-per-koalicion-ldk-pdk-isa-mustafa-kryeminister/>

² <http://www.kqz-ks.org/en/results-2014>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOSOVO

ANJA CZYMMECK

November 2014

www.kas.de/Kosovo

www.kas.de

Die Versuche im kosovarischen Parlament einen Parlamentspräsidenten zu wählen, der notwendig gewesen wäre, um die neue Regierungsbildung einzuläuten, schlugen aber fehl. Die PDK beharrte auf ihrer Position, dass nur sie als stärkste Einzelpartei das Vorschlagsrecht für das Amt des Präsidenten habe. Die Staatspräsidentin des Kosovo, Atifete Jahjaga, rief aufgrund dieser schwierigen Konstellation das Verfassungsgericht an, um klären zu lassen, wer gemäß der Verfassung mit der Regierungsbildung beauftragt werden kann. In seinem Urteil vertraten die Richter (mehrheitlich von der PDK ins Amt berufen) die Ansicht, dass die stärkste Partei oder die Koalition, die bereits vor den Wahlen eine Koalition eingegangen war, den ersten Schritt zur Bildung einer Regierung machen sollte. Wenn dies innerhalb von 15 Tagen nicht erreicht werde, dann ginge das Mandat der Regierungsbildung an die im Parlament stärkste Partei oder jetzt existierende Koalition. Das Urteil des Gerichts betonte, dass es das Recht und die Pflicht der Parlamentsmitglieder sei, selber eine Lösung finden müssen (Punkt 127 des Urteils. Ref. No: AGJ700/14; Case No. K=119/14). Die Alterspräsidentin der PDK hatte aber alle Versuche, eine Sitzung zur Wahl des Parlamentspräsidenten abzuhalten, entweder abgebrochen oder ganz abgesagt.

Die LDK beanspruchte zunächst vehement den Posten des Parlamentspräsidenten mit der Mehrheit, die sie mit ihren neuen Partnern zusammen bekommen zu hoffte. Sie musste dann aber doch erkennen, dass es keinen Schritt weiterging, wenn die PDK diesen Posten nicht erhielt. Eine Koalition mit der PDK wurde zunächst von der LDK kategorisch ablehnt, weil ein solcher Versuch bereits in den Jahren 2008 – 2010 gescheitert war. Nachdem in den letzten Tagen aber immer offensichtlicher wurde, dass die Situation nur aufgelöst werden kann, wenn der Posten des Parlamentspräsidenten an die PDK fällt, tauchten neue Fragen auf. Die Mitglieder der LDK begannen unruhig zu werden, denn wenn Haradinaj mit der AAK, der nur 9 %, bei den Wahlen erreicht hat, weiter den Posten des Premierministers beanspruchte, dann ginge die LDK mit ihrem zweitstärksten Stimmenergebnis (25,24 %) noch als Verliererin aus dieser Wahl heraus. Darauf hin wurden die parteiinternen Stimmen immer lauter, die dies nicht hinnehmen wollten und man drängte den Parteivorsitzenden Mustafa, mit Haradinaj noch einmal neu zu verhandeln und eine Lösung zu finden, die der LDK den Posten des Premierministers offen hielt. Die LDK befand sich in einem Dilemma. Während des Wahlkampfes hatte man stets betont, dass man lieber in die Opposition ginge, als eine weitere Thaci-Regierung unterstützen. Die LDK wollte einen Neuanfang mit AAK und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOSOVO

ANJA CZYMMECK

November 2014

www.kas.de/Kosovo

www.kas.de

NISMA, aber Ramush Haradinaj war nicht mehr davon abzubringen, auf den Premierministerposten zu bestehen.

Was nun? Wie konnte die Blockade, die dem Land extrem schadet, aufgelöst werden?

Fünf Monate dauerte nun schon diese Situation an und sorgte für absoluten Stillstand. Auf internationalen Druck von EU-Ländern und USA begann man Anfang November mit neuen Verhandlungen und der Suche nach Lösungsmöglichkeiten, weil klar wurde, dass auch die neu angestrebte Koalition von LDK-AAK-NISMA in einer Sackgasse gelandet war und die kleineren Partner auf ihrem Machtanspruch beharrten. Die politische Blockade drohte dem Funktionieren des Staates nachhaltig zu schaden, denn ohne die Konstituierung des Parlaments und der Bildung einer Regierung kann z. B. der Staatshaushalt nicht beschlossen werden. Als Folge könnte der Staat keinerlei Zahlungen mehr leisten. Zudem waren die Verhandlungen zur Implementierung des Brüsseler Abkommens zwischen Kosovo und Serbien blockiert

Es fanden zahlreiche Gespräche von verschiedenen Botschaftern mit den kosovarischen Parteien statt. Am 19.11.2014 kam es zu einem Treffen der Vertreter der beiden größten Parteien bei der Staatspräsidentin, an dem auch die US-Botschafterin teilnahm und schließlich einigte man

sich doch auf die ungeliebte große Koalition, weil nur so der Stillstand überwunden werden konnte. Es heißt, dass die Einigung erzielt wurde, nachdem die PDK bereit war, den Posten des Premierministers und die Leitung der Regierung Isa Mustafa und der LDK zu überlassen.

Erste Reaktionen nach Bekanntgabe dieses Ergebnisses zeigten, dass nicht alle in der LDK mit diesem Schritt einverstanden sind, weil man sich doch ganz klar im Wahlkampf gegen ein Bündnis mit der PDK entschieden hatte, weil es in ihren Mitgliederreihen angeblich viel zu viel Fälle von Korruptionsvorwürfen und Verbindungen zur organisierten Kriminalität gibt.

Natürlich wettete auch Ramush Haradinaj scharf gegen diese große Koalitionsabsicht³, weil er sich betrogen sah, aber er muss sich natürlich auch den Vorwurf gefallen lassen, dass er eine starre Position beibehielt, die nicht zu einer Zusammenarbeit der eigentlich angestrebten Koalition aus LDK, AAK und NISMA beigetragen hat.

Was diese Koalition für den Kosovo bedeuten wird und ob diese Entscheidung die beteiligten Parteien intern mit weiteren Schwierigkeiten konfrontieren und sie vor Zerreißproben stellen wird, bleibt

³ <http://www.telegrafi.com/lajme/haradinaj-koalicion-i-deshtimit-fatkeqesi-per-kosoven-2-53890.html>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOSOVO

ANJA CZYMMECK

November 2014

www.kas.de/Kosovo

www.kas.de

abzuwarten. Sicher ist nur, dass eine Einigung zu einer Koalition absolut notwendig war, um nach fünf Monaten Stillstand, endlich wieder das Land weiter zu bringen und vor dem Bankrott zu bewahren. Es steht für Kosovo soviel auf der politischen Agenda, dass ein politisches Patt so nicht mehr länger hinnehmbar war. Es kommt jetzt vor allem auf folgende Punkte an, die das Land so schnell wie möglich angehen muss:

Eine handlungsfähige, von weiten Teilen der Politik getragene Regierung muss schnellstmöglich gebildet werden.

Die Umsetzung des Brüsseler Abkommens zwischen Kosovo und Serbien muss fortgeführt und transparent werden und vor allem muss dabei auch die gesamte Bevölkerung des Landes durch Information und vertrauensbildende Maßnahmen eingebunden sein.

Darüber hinaus muss die wirtschaftliche Entwicklung und eine "gute Regierungsführung", frei von Korruption, verstärkt gefördert werden, um den Menschen im Kosovo eine Perspektive zu bieten.

In der kommenden Woche soll die nun unter internationalem Druck angestrebte große Koalition von 120 Mitgliedern des kosovarischen Parlaments gewählt werden und es bleibt zu hoffen, dass es dann endlich wieder weiter geht für Kosovo.